

Dresdner Nachrichten

Begründet 1856

Verlagsort: Dresden.
Verlagsnummer: 25 241
Für die Nachdrucke: 20 011.

Lebeck's Dreieck-Kakao, Schokolade, Konfitüren, Zuckerwaren.
Firma gegr. 1868. • 16 mal prämiert.

Vertrieb und Hauptgeschäftsstelle:
Markenstraße 38/40.
Druck u. Verlag von Leopold & Reichardt in Dresden.
Postfach-Nr. 1068 Dresden.

Bezugs-Gebühr in Dresden und Vororten bei täglich zweimaliger Zustellung oder durch die Post Anzeigen-Preise. Die Spalt. 37 mm breite Zeile 4 M. Auf Familienanzeigen, Anzeigen von Stellen- u. Wohnungsmarkt, Spalt. bei täglich zweimaligem Versand monatlich 14.- M., vierteljährlich 42.- M., halbjährlich 78.- M., jährlich 144.- M. Vorzugspreise beim Abdruck von 100 Zeilen. — Inserate für die ersten 100 Zeilen werden nicht aufberechnet.

Ein Abrüstungsvorschlag Lord Georges.

Berminderung der Landheere und Herabsetzung der militärischen Ausgaben.

Paris, 24. Febr. Der „Temp“ schreibt, Lord George werde im Verlauf der Genuefer Konferenz die Abrüstungsvorlage aufwerfen oder anwerfen lassen. Es handle sich um einen zweiseitigen Plan. Zunächst würden die in Genua versammelten Mächte jede für sich die Verpflichtung übernehmen, keinen nicht herausgeforderten Angriff gegen ihre Nachbarn zu unternehmen. Dann würde auf Grund dieser Verpflichtung die Konferenz beschließen, daß die Landheere vermindert werden müßten, und man würde einen Vertrag ablassen, in dem gesagt werden sollte, daß die Landheere aller europäischen Nationen beschränkt würden, in gleicher Weise, wie der Washingtoner Vertrag die Seerüstungen beschränkt habe. Darauf würde erklärt werden, daß die Konferenz von Genua die militärischen Ausgaben Europas vermindere und auf diese Weise wesentlich zur Wiederherstellung des wirtschaftlichen Gedchens Europas beigetragen habe.

Dazu bemerkt der „Temp“, Frankreich wolle und könne einem solchen Plane nicht gleichgültig gegenüberstehen, auch wenn er im Programm von Genua nicht vorgesehen sei. Der Vertrag von Washington bringe die Abrüstung zur See, könne aber nicht als Muster dienen, weil sein Artikel 22 den Vertragsmächten erlaube, nach eigenem Gutdünken bei Ausbruch eines Krieges sich ihrer gegenseitigen Verpflichtungen ledig zu erklären. (W. T. V.)

Noch keine Zusage Amerikas für Genua.

Paris, 24. Febr. Die Agence Havas meldet aus Washington: Die Regierung der Vereinigten Staaten hat der italienischen Regierung den Empfang ihrer Einladung zur Genuefer Konferenz bestätigt. Diese Bestätigung läßt in keiner Weise auf den künftigen Entschluß der Vereinigten Staaten schließen. (W. T. V.)

Die Unmöglichkeit eines deutschen Angriffs für viele Jahre.

London, 24. Febr. Neuer erklärt, daß sich im gegenwärtigen Augenblick bei der alliierten Kontrolle in Deutschland etwa 200 Offiziere sowie 400 Unteroffiziere und Mannschaften britischer, französischer, belgischer, japanischer und italienischer Nationalität befinden, die über das ganze Land verteilt seien mit dem Hauptquartier in Berlin. Eine Besetzung der alliierten Kontrolle komme nicht eher in Frage, als bis die Kontrolle für die Re geschaffen worden sei, zur Verhinderung der alliierten Regierungen beendet sei. Jede Art von Waffen und Munition, die entdeckt oder anschliefert wurden, seien von den alliierten Kontrollstellen zerstört worden. Obgleich die deutsche Regierung alles reklamierbare Material anscheinend habe, hätten die alliierten Kontrollstellen keinerlei Sicherheit über das, was noch verbleibt. Die angelegten Untersuchungen seien so gründlich wie möglich. Die Arbeit werde erst dann beendet sein, wenn alle Regierungen davon überzeugt seien, daß Deutschland nicht imstande wäre, ein Heer ins Feld zu stellen, das eine Bedrohung für irgendwelche Nachbarland bilden könne. Augenblicklich seien deutsche Waffen und Munition in solchem Umfang zerstört, daß in absehbarer Zukunft die Aussicht bestehe, Deutschland sei für viele Jahre vollkommen außerstande Frankreich anzugreifen. (W. T. V.)

Damit gibt England eigentlich die deutsche Auffassung zu, daß die Kontrollkommissionen längst ihren Zweck erfüllt haben und daher schon hätten verschwenken sein müssen. Die Entwaffnung Deutschlands ist beendet, darüber ist auch in der Entente niemand mehr im Zweifel. Die beliebige beherrschbare Bestimmung, daß erst alle Staaten davon überzeugt sein müssen, daß Deutschland keinen Nachbar mehr bedrohe, sondern nur bedroht werden kann, dient nur dazu, die Belästigung der Kommissionen zum Schein zu rechtfertigen und ihnen die überaus wertvolle Wirtschafts- und Spionagematerialien weiter zu ermöglichen.

Die Begegnung zwischen Poincaré und Lord George.

Paris, 24. Febr. Poincaré wird bei der Begegnung mit Lord George vom politischen Direktor am Quai d'Orsay Peretti de la Rocca begleitet sein. Seine Ankunft in Boulogne ist für 12 Uhr mittags vorgesehn. Schon abends 9 Uhr gedenkt Poincaré wieder in Paris zu sein. Die Unterredung soll von 3 bis 5 Uhr nachmittags dauern. Der Ort der Zusammenkunft wird geheim gehalten. Nach dem „Matin“ handelt es sich um die Redigierung des Dokuments, welches das Abkommen der englischen und französischen Regierung über die Konferenz von Genua feststellt. Darin werden alle Fragen angeführt, die in Genua behandelt werden sollen, sowie alle diejenigen, welche dort nicht zur Verhandlung kommen. (W. T. V.)

London, 24. Febr. Der Pariser Berichtshalter der „Times“ schreibt: Die Tatsache, daß die Unterredung zwischen den beiden Premierministern von so kurzer Dauer sei, beweise nur, daß die beiden letzten Tage eine ständige Annäherung zwischen dem britischen und dem französischen Standpunkte geordnet hätten. Es scheint jetzt klar zu sein, daß die britische Regierung in Frankreich befriedigende Verhandlungen in Bezug auf drei Gesichtspunkte gegeben habe, die in der Note Poincarés vom 5. d. M. erwähnt wurden. Die Genuefer Konferenz werde bestehende

Verträge nicht erörtern und sich mit der Reparationsfrage nicht befassen. Die Abhaltung der Konferenz werde in keiner Weise dem Wille und dem Abbruch tun. Man nehme sogar an, daß die britische Regierung bereit sei, den Vorschlag zu machen, daß der Wille der Konferenz werde, die praktische Durchführung einiger auf der Konferenz von Genua zu fassenden Beschlüsse zu erörtern. Das werde natürlich bedeuten, daß der Wille der Konferenz auf der Konferenz offiziell vertreten sein werde. (W. T. V.)

Frankreich verlangt Geheimhaltung der Unterredung.

Paris, 24. Febr. Die „New York Times“ schreibt, Lord George und Poincaré über eine wesentliche Frage nicht dieselbe Ansicht. Der englische Premierminister verlange, daß die Unterredung von Boulogne wegen ihres intimen und vertraulichen Charakters zu keinerlei Veröffentlichung Veranlassung gebe. Der französische Ministerpräsident fordere, daß die Schlussfolgerungen der Unterredung schriftlich festgelegt und aus ihr, was man in der Parliamentssprache ein Protokoll nenne, gemacht werde.

Der Auswärtige Ausschuss über die Sachleistungen.

(Drahtmeldung unter Berliner Schriftleitung.)
Berlin, 24. Febr. Der Auswärtige Ausschuss des Reichstags beschloß heute die Drangsalation der Sachleistungen, die im laufenden Jahre auf Reparationskonto von Deutschland zugunsten der Entente anzuführen werden müssen, und deren genaue Feststellung durch Vereinbarungen mit der Entente noch zu geschehen hat. Die Regierung hatte es im Hauptansatz abgelehnt, Auskunft über die schwebenden Verhandlungen zu geben. Heute veröffentlicht der Deutsche Gewerkschaftsbund eine Erklärung, gegen den Eingriff der Entente, deren unannehmliche Folgen sein würden, daß die gewerkschaftlichen Forderungen auf Sicherung der tarifvertraglich vereinbarten Löhne und Arbeitsbedingungen und die Verteilung der Arbeit unter möglicher Berücksichtigung der durch Erwerbslosigkeit wollehenden Bezirke unter den Tisch stecken, weil durch den freien Verkehr jedweder Einfluss auf die Verteilung der Arbeiten fallen würde. Der freie Verkehr würde aber weiteres Schieberium und Reparationsgewinnler der höchsten Art geradezu nützen.

In den Verhandlungen erklärt die „Deutsche Allg. Ztg.“ noch, daß die Regierung für ihre Forderungen bei der Sachleistungen in der ursprünglichen Form weder bei den Vertretern der bürgerlichen Parteien, noch bei der sozialdemokratischen Partei rückhaltlose Zustimmung gefunden hat. Es scheint, als ob die S. V. D. die Bedenken, die der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund geäußert hat, teilt. Diese Bedenken gliedern sich in drei Hauptpunkte, die der Gefahr besteht, daß unzureichende Elemente sich in den Handel drängen, da keine Kontrolle darüber zu bestehen scheint, welche Angebote den Entente Staaten von Deutschland aus gemacht werden, so daß man vielleicht eine Art Außenhandelskontrolle wird einrichten müssen. Ferner müsse unbedingte Gewähr dafür geschaffen werden, daß die Sachleistungen von den Entente Staaten tatsächlich auch nur zum Wiederaufbau und zum eigenen Gebrauch, aber nicht zum Weiterhandel Verwendung finden.

Dr. Benesch über Rußland und die Reparation.

Paris, 24. Febr. Der tschecho-slowakische Ministerpräsident erklärte gestern vor seiner Abreise einem Vertreter des „Petit Parisien“: Soweit es sich um die Hilfe für Rußland handle, sei eine Zusammenarbeit der Staaten notwendig. Deutschland verlange, an der Aktion teilzunehmen. Es sei unmöglich, daß man es daran hindere. Aber das Heilungswerk lege das Einverständnis aller Staaten voraus, in letzter Linie also eine Reparationspolitik, die es Deutschland gestatte, sich seinen Verpflichtungen zu entziehen, um in der Gemeinschaft am notwendigen Wiederaufbau mitarbeiten zu können. (W. T. V.)

Der Krach der französischen Chinabank ein Panamaskandal.

Berlin, 24. Febr. Die gestern erfolgte Verhaftung des Generaldirektors der Banque Industrielle de Chine, Fernotte, scheint sich, wie der „Vor-Anz.“ aus Paris berichtet, zu einer Art Panamaskandal auszuwickeln. Es wird berichtet, daß Fernotte es in raffiniertester Weise verstanden hat, eine doppelte Buchführung in des Wortes wörtlicher Bedeutung zu führen, die es ihm gestattete, die riesigen Defizits zu verheimlichen. Es wird behauptet, daß eine Reihe von Politikern, Journalisten und sonstigen einflussreichen Persönlichkeiten regelmäßig große Summen — man spricht von regelmäßigen Zahlungen von 30 000 Franken — von der Bank erhielten, um die Finanzen zu verschleiern. Fernotte ist heute 47 Jahre alt. Besondere Aufsehen erregt in weiten Kreisen das Vorhandensein einer Witwe, von der man annimmt, daß in ihr alle Reize der des Institutes namentlich aufgeführt sind. Man befürchtet nun, daß Fernotte, um seine eigene Person zu retten, struppellos alle Helfersteller preisgeben wird. In der Kammer hat bereits der Abgeordnete Tardieu einen Antrag gestellt, daß eine Untersuchungskommission von 30 Mitgliedern ernannt werde, um die Verantwortlichen festzustellen.

Paris, 24. Febr. Heute vormittag wurden in der Generale der Bank Union, die von dem gestern verhafteten Fernotte geleitet wird, Dokumente und Papiere beschlagnahmt, die dem Untersuchungsrichter übergeben wurden. (W. T. V.)

Der englisch-französische Ausgleich.

In Boulogne oder Paris treffen sich in diesen Tagen der englische und der französische Ministerpräsident, um in vertraulicher Zwischsprache, nicht, wie vielfach angenommen wird, in offizieller Konferenz die wichtigsten Vorfragen für Genua zu erörtern und, wenn möglich, eine gemeinsame Marschroute für die bevorstehenden internationalen Wirtschaftsverhandlungen festzulegen. Es machen sich diese persönlichen Vorbereitungen der beiden Staatsmänner um so nötiger, als durch den von Poincaré besonders warm empfohlenen diplomatischen Schrift- und Notenwechsel, der nun schon über einen Monat zwischen London und Paris spielt, nicht alle Mißverständnisse vermieden und die schon längere Zeit bestehenden nicht aufgeklärt werden konnten. Hatte doch bereits die Konferenz von Cannes den intimen Zweck, die Gegensätze zwischen England und Frankreich zu überbrücken, verfehlt. Briand kehrte unerwartet nach Paris zurück. Der englisch-französische Garantievertrag konnte nicht abgeschlossen, das Reparationsproblem nur notdürftig geregelt werden und die bereits damals geplante Weltwirtschaftskonferenz erfuhr nicht die umfassende Klärung, die man ihr eigentlich in Cannes zugebracht hätte. Alle diese Fragen bilden natürlich auch nach Abbruch der Besprechungen von Cannes und nach der Rückkehr der leitenden Staatsmänner weiterhin die Hauptthemen der öffentlichen Diskussion, nur daß ihnen, besonders was Paris und London anlangt, immer mehr die Ansichten einer gemeinsamen Auffassung verloren gingen. Man konnte in der Presse beider Länder deutlich wahrnehmen, wie sich vor allem im Hinblick auf die Genuefer Konferenz mehr und mehr ein ausgemacht französischer und ein englischer Standpunkt herauskristallisierte, obwohl Briand und Lord George noch eben erst die Übereinstimmung ihrer Ansichten zum Programm der bevorstehenden Konferenz in jener bekannten Resolution von Cannes kundgegeben hatten. Aber gerade diese Resignation war es, deren verschiedenartige Auslegung Anlaß zu Differenzen geben sollte. Vier Wochen, nachdem sie gefaßt war, machte sie Briands Nachfolger zum Ausgangspunkt einer kritischen Note, die den Vertretern der französischen Regierung im Auslande zur Weitergabe an die Regierungen aller Staaten übermittelt wurde. Poincaré feierte förmlich die sechs „Grundzüge der Erklärung von Cannes“ in diesem Schriftstück und verhandelt es, jeden einzelnen so auszulagen, daß er irgendwie mit französischen Prinzipien unvereinbar erscheinen mußte, ein Zeichen, um wieviel skeptischer er noch als sein Vorgänger der sich ganz vorsichtig anbahnenden Weltwirtschaftskongress gegenüberstand. Der Artikel 3 der Resolution von Cannes hatte festgesetzt, daß es in Genua darauf ankommen müsse, noienwändige Bedingungen für die Wiederherstellung des internationalen Vertrauens zu treffen, ohne allerdings die bestehenden Verträge zu verletzen. Poincaré folgte aus dieser Vereinbarung, die sogenannten Friedensverträge dürften in Genua überhaupt nicht besprochen werden; sie konstatierten das öffentliche europäische Recht und seien deshalb unantastbar. Neben dieser Forderung stellte er eine Anzahl weiterer grundsätzlicher Forderungen, die ebenfalls auf die Resolution von Cannes zurückgingen. Es behagte ihm nicht, daß man in Cannes sich darüber einig geworden war, ohne alle Einschränkung den in Genua auftretenden Mächten zur Pflicht zu machen, sich jedes Angriffs auf benachbarte Länder zu enthalten. Er vermehrte hierbei den Spielraum, den der Verfallter Vertrag den Alliierten im Falle der Nichterfüllung der Reparationsbestimmungen“ durch Deutschland eingeräumt hatte und konnte sich nicht enthalten, dieses Reservatrecht in seiner Note besonders zu betonen. Seine weiteren Sonderwünsche bezogen sich auf die bedingte Anerkennung Rußlands und dessen Teilnahme in Genua sowie auf die Vertagung der Konferenz.

Selbstredend konnten diese rein egoistischen Forderungen, die den Zweck der Konferenz stark gefährdeten, in England keinerlei Anklang finden. Man wollte in London mit der neuen Weltwirtschaftskonferenz endlich eine Erklärung des englischen Handels von den schwebenden Ketten der wirtschaftsfeindlich gedachten und wirkenden Friedensverträge herbeiführen, wollte an Stelle der England schädlichen Vertragsbestimmungen eine neue billige, freie Vereinbarung setzen. Das war der Sinn des ganzen, von Poincaré angeregten, von Lord George hastig aufgetragenen Konferenzgedankens. Und als ein nicht zu unterschätzender britischer Erfolg mußte es angesehen werden, daß es dem englischen Premier gelang, Briand in Cannes von der prinzipiellen Notwendigkeit einer solchen Konferenz zu überzeugen und jene Resolution vom 6. Januar zur Annahme zu bringen. Doppelt fraglich und gefährlich für London war es deshalb, als Poincarés Memorandum zur Resolution von Cannes bewies, wie weit sich Frankreich von der eben erst hergestellten Übereinstimmung entfernt hatte. Lord George schickte zunächst, als sich aber die Gerüchte vom Erfolg der französischen Bemühungen, die Konferenz zu verzetteln, verbreiteten, als das Kabinett Poincaré zurücktrat und die politischen Vorbereitungen dadurch nachteilig beeinflusst erschienen, als endlich Venetia seinen Einfluss in Paris und London geltend zu machen begann da trat der englische Ministerpräsident aus der nur wenige Tage gewährten Reserve hervor und knüpfte durch Curzon von neuem Verbindungen mit Frankreich an. Die gleichzeitige auf Lord Georges Veranlassung geführten Verhandlungen Lord Gardines mit Poincarés brachten angeblich eine rasche Einigung über die kritischen Vorfragen. Man nennt drei Punkte und einige Richtlinien, auf die sich